

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Name im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Mittagsblatt 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, 19. Januar 1893.

Abnahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalideudank, Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Großwald G. Illies,  
Halle a. S. Jul. Borch & Co., Hamburg Joh. Nothmann, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eiser. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

E. L. Berlin, 18. Januar.

## Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 18. Januar.

Präsident v. Kappeler eröffnet die Sitzung  
um 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag der  
Abg. Ackermann und Gen. auf Einführung des  
Befähigungsnachweises für den selbstständigen Be-  
trieb eines Handwerks in Verbindung mit den  
Anträgen Kintels auf Abänderung der Konfurs-  
ordnung, Gröber, Hise auf Abänderung des Ge-  
setzes betr. die Gewerbs- und Wirtschaftsgenossen-  
schaften und Gröber u. Hise auf Abänderung der  
Gewerbeordnung.

Die Debatte erstreckt sich zunächst auf nach-  
stehende Punkte des Antrages Ackermann: Befähigungsnachweis und Innungsvorrecht (Geltend-  
machung derselben auch gegen Arbeitgeber, welche  
zur Aufnahme in die Innung nicht fähig sind;  
und obligatorische Verleihung der Vorrechte, wenn  
der Innung die Mehrheit der selbstständigen  
Handwerker ihres Bezirkes angehört).

Abg. Ackermann (kon.): Ich erkläre, er und  
seine Freunde würden in der Richtung ihrer An-  
träge weiter streben, so lange bis der Schutz des  
Mittelstandes, des Handwerks, in ausreichendem  
Maße erlangt sei. Das Handwerk sei in seinen  
Hoffnungen sehr enttäuscht worden, als trotz An-  
nahme seines Gesetzentwurfs betr. den Befähigungsnachweis durch den Reichstag der Staats-  
sekretär von Bötticher die bekannte Erklärung ab-  
gab und der damit übereinstimmende Beschluß  
des Bundesrats veröffentlicht wurde. Zum  
Wenigsten wäre doch für das Bauhand-  
werk, bei dessen Ausübung Leben und  
Gesundheit in's Spiel kommen, der Befähigungsnachweis unbedingt notwendig. Wo er bestünde,  
habe er sich bewährt. Wir legen, fährt Kerner  
fort, diese ganze Frage des Befähigungsnachweises  
nicht von Neuem aus, sondern sind bereit,  
je nach dem Eingehen auf Vermittlungsvorschläge  
gerne bereit. Was die Innungsvorrechte be-  
trifft, so hat, wie ich glaube, bisher ein großes  
Missverständnis seitens der Behörden vorgelegen.  
Eine Anzahl Behörden hat die Anwendung der  
Privileg-Paragrafen gegenüber solchen Hand-  
werkern für unzulässig gehalten, welche einer In-  
nung überhaupt nicht angehören können. Aber  
damit erhalten ja gerade die anständigen Personen,  
etwa u. A. solche, welche in Konfursen sind,  
gegenüber den zum Eintritt in eine Innung  
fähigen Handwerkern, das Recht, Lehrlinge zu  
halten u. d. Das hat doch Niemand f. d. gewollt.  
Deshalb muß in diesem Punkte das Gesetz klarer  
gefaßt werden, wie wir das beantragen. Ferner  
will unser Antrag der Mehrheit des Gewerbes  
ein Mittel in die Hand geben, um die etwa  
widersprechende Minorität zu zwingen, daß sie  
der Innung beitrete oder doch zu den von ihr  
eingetragenen Wohlthaten beitrage.

Abg. Stolle (Soz.): Wir haben es hier  
wieder mit alten Bekannten zu thun. Ueber den  
Werb dessen, was alle diese Anträge wollen, hat  
man namentlich in Deutscher Reichstag bereits  
Entscheidungen gemacht. Nach dem Bericht des öf-  
ferlichen Gewerbeinspektors sind diejenigen In-  
nungsmeister geradezu Anmaßungen, welche ihre  
Pflichten gegen ihre Lehrlinge erheblich erfüllen.  
Und ähnliche Erfahrungen haben wir in Sachsen  
gemacht. Dort haben die Innungsmeister sich sogar  
durch Urtheile im Landtage ihren Pflichten hinsichtlich  
des Fortbildungs-Unterrichts entziehen wollen.  
Nicht anders liegt die Sache in Ostpreußen und  
andereorts. Da haben wir denn gar keine Ver-  
anlassung, den Innungsmestern größere Rechte zu  
geben. Auch mit dem Befähigungsnachweis  
hat man in Deutscher Reichstag das erreicht, was man  
erreichen wollte: Hebung der fachlichen Ausbildung,  
sowohl eher das Gegenteil! Und wie stellen Sie  
sich denn den Befähigungsnachweis für die Hand-  
werker auf dem Lande vor, die doch oft mehrere  
Handwerker zu gleicher Zeit ausbilden und aus-  
üben müssen. Soll etwa dort der Schmeiß keine  
Schlosserei, sowie umgekehrt, machen dürfen?  
Und der Tischler keine Glasarbeit? Und dem  
Kaufmann, der sich einen Werkmittel hält, oder  
sich mit ihm associirt, wollen Sie gestatten, zu  
produzieren, ohne daß er den Befähigungsnachweis  
erbringt? Damit ist dem Handwerk nicht ge-  
dient. Wir haben ebenso viel Gefühl für das  
Handwerk, wie Sie. Aber wir machen ihm nicht  
unersättliche Versprechungen und bringen ihm nicht  
die Illusion bei, daß es mit solchen gesetzgeberischen  
Mitteln seinen goldenen Boden wiederfinden  
könne. Wir lehnen den Antrag Ackermann ab.

Abg. Meiner (Zentrum): Daß die So-  
zialdemokraten von den Innungen nichts wissen  
wollen, ist begreiflich. Denn in den Innungen  
finden sich die Vertreter der Ordnung zusammen  
(Kochen bei den Sozialdemokraten) und der Gottes-  
dienst. Mag sein, daß die Handhabung des Be-  
fähigungsnachweises mit Unzulänglichkeiten ver-  
knüpft ist, aber so schlimm, wie Vorredner es  
darstellt, ist's doch nicht. Ebenso unrichtig ist das  
schäbliche Urtheil, welches der Vorredner  
über die Art der Lehrlings-Ausbildung bei  
den Innungen u. Meistern gefällt hat.  
Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen ja freilich  
den Mittelstand zertrüben wissen. Traurig genug,  
daß wir schon so oft ohne Erfolg mit diesen  
unseren Anträgen haben kommen müssen. In  
demselben Maße, wie der Mittelstand schwindet,  
mehrern sich die Elemente, welche bestimmt sind,  
unseren ganzen Gesellschaft den Untergang zu be-  
reiten. Traurig ist das Verhältnis und der  
Widerstand der Regierung gegen unsere Bestre-  
bungen. Der Kapitalismus macht von seinen  
Rechten zum Nachtheil des Handels in rückwärts-  
läufiger, brutaler Weise Gebrauch, gestützt durch  
die Gewerbeordnung. Die Interessen des Mittel-  
standes sind identisch mit den vaterländischen In-  
teressen. Deshalb bitte ich Sie, nicht nur den  
Antrag Ackermann anzunehmen, sondern ich er-  
laube mir auch die Bitte an die Staatsregierung,  
einem solchen Beschluß des Hauses nachher auch  
Folge zu geben.

Abg. Schröder (freiz.): Die beiden Herren  
Vorredner für den Antrag waren sehr unzufrieden  
mit der Regierung. Man sieht, das Sprichwort:  
Kleine Gefährte erhalten die Freundschaft! hat  
sich hier in den Beziehungen der Regierung zu  
den Innungen nicht bewährt. Der Ton der beiden  
Herren war ein sehr eigentlicher. Es ist ihnen  
nicht gelungen, zu beweisen, daß der Befähigungsnachweis  
den Handwerkern nütze. Sie wollen  
in ihrem Antrage die „verwandten Gewerbe“ zu-  
sammenfassen. Was soll das heißen? Soll je-  
mand für jedes der verwandten Gewerbe den  
Nachweis liefern? Dann würden Sie doch den

Nachweis ganz ungemein erschweren. Oder soll der  
Nachweis für ein Gewerbe auch für die anderen,  
verwandten Gewerbe, befähigen? Glauben Sie,  
wenn ich zu meinem Barbier gehe, und derselbe  
sagt mir: Barbieren kann ich nicht, aber frisieren!  
dann werde ich mich von ihm barbiert oder  
frisiert lassen? (Heiterkeit.) Wie wollen Sie  
es auf dem Lande halten? Und meinen Sie,  
daß überhaupt Alle, die den von Ihnen gewollten  
Bildungsgang durchmachen, überhaupt zur Selbst-  
ständigmachung kommen? Allerdings liegt in  
Ihren Befähigungsnachweis geradezu für Man-  
chen eine gewisse Verführung, sich selbstständig zu  
machen. Grenzlinien zwischen Klein- und Groß-  
gewerbe sind heute überhaupt keine zu ziehen.  
Jeder von Ihnen, der heute im Kleinen arbeitet,  
ist sehr geneigt, dies schon morgen im Großen zu  
thun, wenn sich ihm die Gelegenheit dazu bietet.  
Sie verleiten mit Ihrem Befähigungsnachweis  
nur die Leute, zu glauben, die Verhältnisse kom-  
men sich dadurch ganz anders gestalten. Aber  
nicht einmal der Konfursen kommen Sie damit  
eine Schranke ziehen. Unsere gewerbliche Ent-  
wicklung geht über alle künstlichen Schranken  
hin. Von allen den Zugeständnissen, die Ihnen  
zünftigen Bestrebungen schon gemacht worden  
sind, haben Sie ja ebenfalls sehr wohl was er-  
wartet und doch sagen Sie heute selber, das Alles  
hat Ihnen nichts genützt. Ebenso würden Sie  
binnen heute und 2 Jahren über den Befähigungsnachweis urtheilen, wenn Sie ihn heute  
erhielten! Das einzig Richtige ist: Prüfen Sie  
das Handwerk im Einzelnen, legen Sie die Ver-  
hältnisse klar, studieren Sie, inwieweit noch und  
wie ein handwerksmäßiger Betrieb noch möglich ist!  
Was etwa dafür zu erlernen ist u. dgl. m.  
Sie werden durch solche Klarlegung vielleicht  
einen ungerechtfertigten Anspruch zu einem Hand-  
werk verhindern helfen und dabei dem Einzelnen  
Gelegenheit geben, sich in geeigneter Weise auf  
seinen Beruf vorzubereiten. Ich bitte die Regie-  
rung, diese Frage einmal zu prüfen. Sie wer-  
den damit mehr erreichen, als mit Handwerker-  
kammern, welche ökonomisch doch nichts für die  
Handwerker leisten werden. Von den Innungen  
anträgen Ackermann ist der zweite praktisch und  
inhaltlich undurchführbar. Diese ganzen Ideen  
müssen dem Handwerk nicht nur nichts, sondern  
schaden ihm nur durch Erwecken unerfüllbarer  
Hoffnungen. Meine Freunde und ich lehnen  
diese Anträge daher ab.

Abg. v. Dörmann (Soz.): Pomian  
(Voll): Wir werden heute für die Anträge stim-  
men, weil die Fassung eine andere ist, als früher.  
Die Forderung der Innungen halten wir auch  
bei uns im Interesse des Handwerks für nöthig.  
Politische Erwägungen betreffend der Handhabung  
des Gesetzes durch die Beamten können uns ja  
allerdings bedenklich machen. Aber hier handelt  
es sich ja nur um eine Anordnung. Für einen  
endgültigen Gesetzentwurf würden wir uns  
Amenagements vorbehalten.

Abg. Hise (Zentrum) dankt dem Vorred-  
ner für seine gründlich wohlwollende Stel-  
lungnahme zu den Anträgen. Angesichts der  
Zustände, daß der Handelsminister bei dem  
Verzahn den Befähigungsnachweis eingeführt  
hat, geben wir die Hoffnung nicht auf, daß die  
Regierung auch diesen unseren Anträgen gegen-  
über sich künftiger entgegenkommender zeigen  
wird. Was der Minister beim Verzahn über  
die Vorbereitung aus Lehrlern angeordnet  
hat, deckt sich vollständig mit dem Inhalt dieser  
unserer Anträge. Nachdem Kerner sodann noch  
die Anträge betreffend die Innungsvorrechte  
empfohlen, schließt er mit dem Wunsche, wenn  
die Regierung der Frage der Handwerkerkammern  
näher trete, möge sie doch nochmals alle die vor-  
liegenden Anträge ganz sorgfältig prüfen.

An der weiteren Debatte hierüber betheiligen  
sich noch die Abg. Hise (freiz.), Volz (Soz.),  
woran die Diskussion mit einem Schlußworte  
des Abg. Ackermann schließt.

Die zunächst zur Diskussion gestellt ge-  
wessene Gruppe von Forderungen des Antrages  
Ackermann wird sodann gegen die Stimmen  
der gemachten Rufen angenommen.

Die Weiterberatung des übrigen Inhalts  
des Antrages Ackermann bleibt, da sich das  
Haus jetzt vertheilt, vorbehalten.

Nächste Sitzung: Morgen 1 Uhr.

Tages-Ordnung: Vorlesefeier.

E. L. Berlin, 18. Januar.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 18. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung  
um 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Miquel, Thie-  
sen und Kommissare.

Die erste Verathung des Etats pro 1893—94  
wird fortgesetzt.

Abg. v. Jeditz-Mentisch (freiz.):  
Der Abg. Kieffche hat gestern eine eingehende Er-  
örterung unserer Finanzlage mit Einschluß der  
Mittel zur Abhilfe verlangt. Ich bin der Mei-  
nung, daß wir zur Zeit nicht in der Lage sind,  
auf diese Anordnung einzugehen, denn wir befinden  
uns inmitten der Steuerreform und es ist unsere  
Aufgabe, dieselbe zu Ende zu führen. Außerdem  
befinden wir uns Mitte Januar und der Etat  
muß bis Mitte März fertig gestellt werden. Das  
schließt indessen nicht aus, daß wir unsere Finanz-  
lage bei der ersten Verathung des Etats mit in  
Erwägung ziehen. Wir haben an das Reich  
23 Millionen Mark mehr an Matrifularbeiträgen  
zu zahlen und diese Verpflichtung trägt wesentlich  
zu unserer unglücklichen Lage bei. Ich bin nun  
der Ansicht, daß diese Lage nicht eher einer Be-  
schränkung entgegengehen wird, als bis, wie in Preußen  
so auch im Reich die Finanzverwaltung von  
einer selbstständigen verantwortlichen Stelle aus-  
geleitet wird. Es ist durchaus notwendig, daß  
das Reich in erweitertem Umfange für seine Aus-  
gaben durch eigene Einnahmen Sorge trägt.  
Soweit Ausgaben im Interesse der Sicherheit des  
Vaterlandes nach außen notwendig sind, müssen  
sie natürlich bewilligt werden und es kam da  
auch die von Herrn Kieffche angeregte Frage der  
Modalität der Ausbringung der Mittel nicht in  
Betracht kommen. Aber Herr Kieffche wird hoffent-  
lich seinen Einfluß im Reich dahin geltend machen,  
daß die Kosten der Militärverwaltung nicht durch Er-  
höhung der Matrifularbeiträge aufgebracht werden.  
In Bezug auf die Eisenbahnverwaltung müssen  
wir dahin streben, daß ein größerer Theil der  
Ueberschüsse als bisher, zur Schuldentilgung ver-

wendet wird, und daß Anschaffungen für dauernde  
Betriebszwecke in Zukunft mehr aus den Betriebs-  
einnahmen, statt aus Anleihen bestritten werden.  
Ersparungen werden sich hoffentlich machen lassen  
auch ohne Beeinträchtigung des Verkehrs. So  
durch Verzicht auf überflüssige, weil weniger be-  
nutzte Personenzüge und durch Einschränkung der  
Bahnbesetzungen. Den Ausbau des Nebenbahn-  
netzes möchte ich dagegen im Interesse der In-  
dustrie nicht unterbrechen wissen. Unser Staat  
entwickelt sich immer stärker in der Richtung des  
Industrielandes, um so mehr werden wir auch  
für die Interessen der Landwirtschaft Sorge  
tragen müssen. Ich würde zwar einen Handels-  
vertrag mit Rußland nicht für ein nationales  
Unglück halten, wie dies der Abg. v. Münnigerode  
thut, aber im Interesse der Landwirtschaft  
würden wir dabei vorsichtig zu Werke gehen  
müssen. Was den Bergwerbssektor anlangt, so will  
ich nur darauf hinweisen, wie in den Kreisen der  
Bergwerksbesitzer gerade unter den heutigen Ver-  
hältnissen die Befürchtung gehegt wird, daß die  
geplanten Bergwerkssteuern nicht als ein  
verbindendes und verschönerndes, sondern als stören-  
des Glied zwischen Arbeiter und Arbeitgeber  
wirken werden. Unser Grundgesetz muß, damit  
es nicht nur ein Gesetz der Fiktion, sondern ein  
wirkliches Gesetz sein, so sein, wo es gerecht  
wird. Gerecht werden kann, aber uns vorüber-  
dauernd die Entwicklung unseres Staatswesens  
hemmender Sparsamkeit zu hüten.

Abg. v. Gierke (Soz.): Von allen  
Seiten, namentlich auch von dem Minister, wird  
Sparsamkeit angeordnet. Der Minister forderte  
uns geradezu auf, den Etat nach Stellen, wo  
noch gespart werden könne, zu durchsuchen.  
Nun, wir unfererseits können ihm da  
nur sagen: Sparsamkeit kann vor Allem  
und zunächst werden durch Aufhebung des Un-  
sicherheitsgesetzes. Dieses ist eine völlig unnütze  
Ausgabe. Die gegenwärtigen Zustände in den  
öfentlichen Provinzen sind unerträglich. Da haben  
wir zunächst also die polnische Gesetzgebung, dann  
die sozialpolitischen Gesetze und schließlich die Kon-  
junktur, unter der namentlich die Landwirtschaft  
leidet. Wehren wir uns gegen die Unterdrückung,  
so üben wir damit eine Agitation, die einem  
Kulturvolk nur zur Ehre gereicht. Bei uns giebt  
es keine Heberei. Der einzige Agitator ist der  
Reichsfinanzminister Schwalbe. (Heiterkeit.) Wenn  
der „Katholik“ die Verhältnisse offen klar legt —  
denn der Minister Hise ist ein guter und freimü-  
thiger Mensch — (große Heiterkeit), war dann  
deshalb das Einschreiten der Regierung nöthig?  
Ich schließe damit, denn ich wollte nur der Re-  
gierung die Anregung geben, diese misslichen Ver-  
hältnisse zu beseitigen.

Abg. Hamacher (nl.): Die tatsäch-  
lichen Bemerkungen des Abg. Kieffche halte ich  
nicht für richtig. Derselbe sprach in einer Weise,  
welche unserem Staatskredit abträglich sein müßte.  
Wenn Herr Kieffche fragt: Wer wird uns im  
Nothfalle, im Kriegsfall, unsere Staatsbahn-  
bahnen abkaufen? So antworte ich: Hat man  
denn früher, vor der Verstaatlichung, jemals be-  
fürchtet, daß im Kriege alle Eisenbahnen zerstört  
werden würden? Die Bahnen und die unter-  
irdischen Schätze des Staates sind auch und  
bleiben in und nach einem Kriege ein sicheres  
Fundament. Unsere Staatsbahn ist nicht größer  
als die österreichische. Und dabei sind unsere  
Staats-Einkünfte aus Staatsvermögen doppelt so  
groß als die in Oesterreich. Frankreich hat eine  
fünfstellige große Staatsbahn als wir;  
verweigert aber irgend Jemand in Frankreich an  
dessen Kredit? Wollten wir wirklich unsere  
Eisenbahnen verkaufen, so zweifle ich nicht daran,  
daß sofort die größten Finanzkräfte in aller Welt  
bereit sein würden, sie uns abzukufen. (Sehr  
richtig!) Kann denn überhaupt Jemand behaupten,  
daß der hier präsumirte Staatsbahn-Ueberschuß  
ein geringer wäre? Sicherlich nicht. Er beträgt  
etwa 5 Prozent des Anlage-Kapitals. Bringen  
etwa Privatbahnen mehr? Nein, im Durch-  
schnitt gewiß nicht. Also selbst dieses Resultat,  
wie es in dem vorliegenden Etat erscheint, ist  
durchaus nicht etwa ein unglückliches. Ueberdies  
sollen ja die Staatsbahnen keine Finanzquelle  
sein, sondern sie sollen dem wirtschaftlichen In-  
teresse des Landes dienen. Hunderte Millionen  
Ueberschüsse der Eisenbahnen verwenden wir seit  
Jahren für andere Staatszwecke. Und wenn dies  
gescheh, statt daß man die Ueberschüsse im wirt-  
schaftlichen Interesse des Landes verwendet, so  
war das eben eine falsche Verwendung. Ich  
spreche da nicht aus einem gewissen persönlichen  
Aergers heraus. Schon in der Zeit der Verstaat-  
lichung habe ich ja Garantien gefordert. Aber  
auch das Garantiegesetz von 1882 hat nicht ge-  
leistet, was es sollte, weil es streng innegehalten  
wurde. Daß Wandel geschaffen werden muß, hat  
ja auch der Herr Finanzminister zugegeben. Aber  
ich sehe nicht ein, wie das gerade in jetziger  
Finanzlage geschehen kann. Die Schwierigkeit  
liegt daran, in welcher Höhe die  
Eisenbahn-Ueberschüsse etwa für allge-  
meine Staatszwecke künftig sollen ver-  
wendet werden dürfen? Meiner Ansicht nach  
sollte man dafür eine gleitende Scala einführen,  
je nach der Höhe der Ueberschüsse der Staatsbah-  
nen. Man könnte die für allgemeine Staats-  
zwecke auszuwendende Quote der Ueberschüsse viel-  
leicht von jetzt an allmählich sich verringern lassen,  
bis sie etwa auf 40 und 60 Mark angelangt ist,  
und auf diesem Betrage stehen bleiben könnte.  
Man hat dem Extra-Ordinarium des Eisenbahn-  
etats vorgeworfen, daß er diesmal außerordentlich  
kümmerlich ausgestattet sei. Dieser Vorwurf ist  
berechtigt. Der Herr Eisenbahnminister hätte im  
Extra-Ordinarium dreißig das 4—fache auswerfen  
können, ohne daß damit allen Bedürfnissen genügt  
wäre. Hinsichtlich des Bergwerbssektors bemerkt  
Kerner, bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage  
seien die Veranlagungen bei diesem Etat sehr  
unzufrieden. In Erwägung ziehen sollte die Rege-  
rung auch die sozialpolitischen Momente. Sie  
sollte bedenken, daß die Bewegung bei den Arbeit-  
ern eine krankhafte, und daß mit mechanischen  
Mitteln derselben nicht beizukommen sei, sondern  
daß vor Allem die Autorität des Staates und  
auch der Privaten entschlossen aufrecht erhalten  
werden müsse. (Beifall rechts.) Denn jetzt liege  
die Sache so, daß das Schwinden des wirt-  
schaftlichen Lebens sich immer langsamer bewege,  
weil die Besitzenden die Lebensbedingungen der Arbeit-  
er fürchten. Unsere Finanzlage ist nicht vor-  
theilhaft. Unsere Finanzlage ist nicht vor-  
theilhaft, aber die Thatsache ermutigt uns, daß an der  
Spitze der Finanzen ein Mann mit hervorragender  
wirtschaftlicher Einsicht steht.

Abg. Kieffche (Soz.): Ich kann mit dem  
Vorredner nicht mit schwärmen für den Finanz-  
minister; derselbe hat an die andere Seite des  
Hauses mehr Konfessionen gemacht, als ein  
Minister vor ihm; vielleicht mußte er das, um  
eine Majorität zu bekommen. Aber die Unzufrie-  
denheit im Lande wird immer größer. Die  
schlechtesten Erfolge des Staatsbahnwesens haben  
wir vorhergesehen und wenn die Nationalisten  
wirklich ein Eisenbahngarantiegesetz in besserer  
Form hätten zu Stande bringen wollen, so hätten  
sie unserer Unterstützung sicher sein können. Ein  
Finanzminister, der in der heutigen Zeit dem  
Eisenbahnminister eine Erhöhung der Personen-  
tarife vorschlagen kann, wie es Herr v. Münnigerode  
forderte, der wird die Schwierigkeiten nur  
vermehrten. Die Landleute müssen nun doch mal  
in die Stadt, wenn Sie auch die Städte als  
Pestbuben betrachten, es gefällt Ihnen auch darin.  
(Heiterkeit.) Ersparnisse könnten bei den Eisen-  
bahnen wohl gemacht werden, aber nicht an den  
Geschäftern, sondern an unethischen Einrichtungen,  
wie z. B. bei der Aufhebung der Bahnsteig-  
Gleichen. Der Finanzminister hat sich noch immer  
nicht entschließen können, die Wünsche unserer  
Zuversicht zu erfüllen, und dem Parlament die Be-  
willigung der Ausgaben zu übertragen, in Gestalt der  
Drosselung der zu erhebenden Steuern. Was es  
für einen Zweck haben soll, wenn von den Ver-  
tretern des Großgrundbesitzes hier fortlaufend über  
die Nothlage der Landwirtschaft gellacht wird,  
ist nicht einzusehen. Sie haben noch immer so  
hohe Schutzzölle, wie sie nach Ansicht des Fürsten  
Bismarck der vertriebsfähige Agrarier nicht höher  
verlangen kann. Bedauerlich ist, daß der Ver-  
trag mit Rußland hier bekämpft wurde, der  
für den Osten der Monarchie eine Lebensfrage ist.  
Dieser Vertrag würde gegenwärtig eine der be-  
deutendsten Friedensbürgschaften darstellen für den  
Frieden Europas und wir dürfen wohl  
nicht bezweifeln, daß dieser Frieden von  
dem Kaiser und von unserer Regierung angestrebt  
wird. Die Lebensfrage für die Landwirtschaft  
— der Anstand rühre von dem verstorbenen  
Abg. v. Wedell-Machow her — von 40 Millionen  
für etwa 3000 Brennereien habe nicht gebündelt,  
daß diese sämtlichen Brennereien große Mengen  
nicht kontingentierten Spiritus erzeugen. Wir  
werden sparen müssen, wo es irgend angeht.

Finanzminister Dr. Miquel: Den Tadel  
gegen meine Steuerpolitik muß ich zurückweisen.  
Ich habe mein Steuerprogramm schon als Abge-  
ordneter im Hause dargelegt. Herr Kieffche  
will keine Mehrerinnahmen bewilligen, er protestirt  
gegen Erhöhung der Betriebs-Ueberschüsse, verlangt  
aber Mehrausgaben für Bildungszwecke. Das ist  
ein Programm, das ich allerdings nicht ausführen  
kann. (Sehr richtig!) Die Frage der Personal-  
union für das Reichsfinanzamt und das preussische  
Finanzministerium gehört zur Erweiterung in den  
Reichstag; doch will ich persönlich keinen Zweifel  
darüber lassen, daß mir persönlich dieses Projekt  
nicht gefällt. So verweigert wie sie hier ge-  
schleiert ist, sehe ich die finanzielle Situation  
nicht an. Daß die Eisenbahnen nun gar nicht zur  
Erzielung höherer Einnahmen herangezogen werden  
sollten, sehe ich nicht ein. Ziehen denn nicht die  
Gemeinden aus den Trambahnen und aus  
ähnlichen Verkehrs-Anlagen auch recht bedeutende  
Einnahmen? Warum soll der Staat dem auf  
solche Einnahmen verzichten. Sicher können  
wir die finanzielle Situation nur so, daß  
wir uns hüten, auf die entstehenden Betriebs-  
einnahmen bauernde Ausgaben zu basieren. Ich giebe  
zu, geben wir in dieser Beziehung vorsichtig zu  
Werke, so ist nach meiner Meinung kein Grund  
zu einer pessimistischen Auffassung unserer Fi-  
nanzlage vorhanden. (Beifall.)

Abg. v. Ebnern (nl.): So schlimm, wie  
der Abg. Kieffche die Finanzlage schildert, ist  
sie denn doch nicht. Wer so argumentirt, wie er,  
für den giebt es eine Sicherheit für irgend welche  
Staatsschulden überhaupt nicht mehr. Bei so  
umfassenden Betrieben, wie sie der preussische  
Etat gegenwärtig verwalte, sind schwankende  
Einnahmen und Ueberschüsse nicht zu vermeiden.  
Der Staat ist der weitaus größte Unternehmer  
und Kaufmann. Muß man an eine Erhöhung  
der Eisenbahnen denken, so wird man sich zu-  
nächst der Erhöhungen der Personentaxe zuwenden,  
denn Erhöhungen der Gülertaxe haben stets  
Minder-Einnahmen zur Folge. Der Vermehrung  
der Lokomotiven kann ich nicht zustimmen. Die  
Arbeiterwohlthätigkeits-Einrichtungen, die Invaliden-  
Versicherung tragen schlechte Früchte, wie wir in  
Sachbilden sehen. Die Industrie leidet unter  
dieser Last; die anderen Staaten haben schön  
Worte für unsere Einrichtungen, hüten sich aber,  
dieselben ebenfalls einzuführen. Unsere Staats-  
bahnen beziehen ihr Material aus dem Auslande,  
unsere Marine ihre Kohlen sogar aus England;  
das sind große Verluste, die unserer Industrie  
zugestiegen werden. In allen diesen Punkten ist  
viel zu verbessern. Die Eisenbahn-Verwaltung  
kann durch geschickte Maßnahmen viel zur Ver-  
besserung der augenblicklichen unglücklichen Wirt-  
schaftslage beitragen.

Die Debatte wird geschlossen.  
Die übrigen Theile des Etats gehen an die  
Budget-Kommission, welche für die Verathung  
des Eisenbahn-Etats um 7 Mitglieder ver-  
stärkt wird.

Hierauf verlegt sich das Haus.  
Nächste Sitzung: Donnerstag, den 19. d. M.,  
11 Uhr.

Tages-Ordnung: Antrag Kanitz (konf.)  
betr. Erweiterung des Staatsbahn-Reges. Zweite  
Staatsverathung.  
Schluß 4 Uhr.

## Deutschland.

Δ Berlin, 18. Januar. Der Gesetzentwurf  
über die elektrischen Anlagen ist von den Aus-  
schüssen des Bundesrats durchberathen und  
mehrheitlich abgelehnt worden. Die Vorlage steht  
morgen auf der Tagesordnung des Plenums und  
dürfte voranschreitend anfangs nächster Woche dem  
Reichstage zugehen. Auf der morgigen Tages-  
ordnung stehen auch die Vor schläge, welche der  
damit betraute Ausschuss dem Plenum unterbreitet  
über die geschäftliche Behandlung der geheim zu  
behandelnden Altstücken.

Aus den militärischen Depots in Spanien  
ist kürzlich eine Sendung von 230 Riffen mit je  
500 Patronen für neue Gewehre nach den deut-  
schen Schutzgebieten in Afrika abgegangen.

Die „Post, Ztg.“ bringt folgendes der Be-  
stätigung bedürftige Telegramm aus Sofia: Wie  
ich vor Monatsfrist schon angekündigt in der  
Lage war, begiebt sich Prinz Ferdinand von Bul-

garien übermorgen zu längerem Aufenthalt nach  
England. Der Fürst wird begleitet von dem  
Minister des Innern, dem Justizminister und  
dem Präsidenten der Kammer. Seine annähernd  
mit der Prinzessin Helene von Orleans feststehende  
Verlobung wird kurze Zeit nach dem Eintreffen  
in England stattfinden.

Die Wahlprüfungs-Kommission hat heute die  
Wahl des Abgeordneten Möller (6. Arnberg,  
national-liberal) wegen Wahlbeeinträchtigungen für  
ungültig erklärt.

Die große Versammlung von Arbeitslosen  
waren heute Vormittag von der Sozialdemokratie  
in Berlin einberufen. In demselben wurden Reso-  
lutionen beschlossen, die Behörden sofort zur  
Aufnahme öffentlicher Arbeiten aufzufordern, sowie  
gegen die Erklärungen des Staatssekretärs Bötticher  
im Reichstage, daß ein Nothstand nicht existire,  
zu protestiren.

Die starke Kälte der heutigen Nacht — das  
Thermometer zeigte gegen 3 Uhr Morgens 22  
Grad, gegen 7 Uhr Morgens 20 Grad Celsius —  
hat unter den Beobachtern Berlins zahlreiche  
Opfer gefordert. Es sind heute Morgen nicht  
weniger als drei Personen erfroren aufgefunden  
worden; auf allen Sanitätswachen erschienen  
Bedauernswürdige in der heutigen Nacht mit er-  
frorenen Gliedmaßen.

Wie der „Köln-Anzeiger“ erfährt, hat der  
Kaiser den Fürstbischof Dr. Kopp und den Erz-  
bischof Krementz vor ihrer Abreise nach Rom zu  
ihrer Erhebung zu Karinalen telegraphisch be-  
glückwünscht. Die an Rom gerichtete Gratula-  
tion soll in besonders leutseligen Ausdrücken ab-  
gefaßt sein. Gleichzeitig wäre Herr von Bismarck  
beauftragt worden, dem Papst für die den ge-  
nannten Fürsten zu Theil gewordene hohe Ehre  
im Namen des Kaisers zu danken.

\*\* Wie wir hören, werden im Laufe  
nächster Woche im Reichsamt des Innern  
Konferenzen über die deutsch-russischen Handels-  
vertragsverhandlungen stattfinden. Es sind zu  
denselben Sachverständigen aus denjenigen Gewerbs-  
zweigen, welche an der Ausfuhr nach Rußland  
interessirt sind, einberufen worden, um ihre Ent-  
scheidung über die in Betracht kommenden Fragen  
mündlich abzugeben. Zu schriftlichen Aeusserun-  
gen über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen  
sind übrigens die einzelnen Berufsstände schon  
im Herbst aufgefordert gewesen.

Thorn, 18. Januar. Die Strafkammer  
verurtheilt nach zweitägiger Verhandlung den  
Bauunternehmer Gernerius aus Pöggendorf wegen  
Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis.

Breslau, 18. Januar. (W. T. B.) Der  
Vertrag Gotthelm (Berlin) ist zum Syndikus  
der Breslauer Handelskammer gewählt worden.  
Saarbrücken, 18. Januar. Auf sämtlichen  
Geben ist heute die um die abgelehnten  
verminderte Belegschaft vollständig angestiegen. Die  
gelehrten noch anstehenden 200 Bittlinge, welche  
heute zur Anbahn erschienen, sind bis zum 1. Fe-  
bruar zurückgewiesen.

Saarbrücken, 18. Januar. (W. T. B.)  
Der Anstand ist als beendet anzusehen, da heute  
Alles angefahren ist. Eine gestern nach Bilsdorf  
einberufene Versammlung unterblieb wegen Man-  
gels an Theilnehmern.

Essen a. d. Ruhr, 18. Januar. Amtliche  
Ermittlung des General-Sekretariats des Berg-  
bauvereins Essen: Insgesamt sind angestiegen  
auf 26 Zechen in der gestrigen Mittagschicht  
unter Tage 3662 Mann von 4808; über Tage  
586 Mann von 633. In der Nachtschicht unter  
Tage 1430 Mann von 2084; über Tage 488  
Mann von 480. In der Morgenschicht unter  
Tage 8276 Mann von 13 573; über Tage 3380  
Mann von 3879. Es streifen also 7654 Mann.  
Der Streik ist beendet auf „Unser Fritz“, „Ka-  
rolinengraben“, „Graf Schwerin“.

Essen a. d. Ruhr, 18. Januar. (W. T. B.)  
Wie die „Ruhrsch-Westfälische Zeitung“  
meldet, sind heute früh auf 13 Zechen im Gan-  
zen 3500 Mann angestiegen. Vollständig ange-  
fahren sind die Belegschaften von „Heinrich  
Gustav“, „Ruto“, „Froster II“, „Rut-Heiden“,  
„Kettling“, „Graf Schwerin“, „Bruchstraße“,  
„Dahlbäuser Tiefbau“. Auf „Neu-Schamrock“  
sind 374 Mann angestiegen.

Krefeld, 18. Januar. (W. T. B.) Der  
Trajektbetrieb Hamburg-Ruhrort ist wegen Eis-  
gangs ganz eingestellt.

Signaringen, 18. Januar. (W. T. B.)  
Der Prinz-Brönzofort von Rumänien ist mit  
seiner Gemahlin heute Mittag nach Koburg ab-  
gereist.

Mannheim, 18. Januar. (W. T. B.)  
Das Rheineis steht fest von Germersheim bis  
Bingen.

Dresden, 18. Januar. Heute haben beide  
Wiener Schachgesellschaften bei Tschern und Bodenbach  
die Aufschlüsse verjagt.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Januar. Der österreichische  
Botschafter in Paris, Graf Hohen, demittirt, daß  
er irgend einen direkten Schritt für den auszu-  
weisen Journalisten Gesellschaft gethan. Er hat  
sich bloß im Verlaufe eines Gesprächs mit dem  
Minister des Auswärtigen demselben nach dem Falle  
erklärt, der in der That seine Beförderung hat,  
da Gesellschaft nicht bloß ausgewiesen, sondern auch  
verhaftet worden ist. Daß Gesellschaft ein Agent  
der Triple-Allianz gewesen, wie französische  
Blätter behaupten, ist eine lächerliche Erfindung.  
Er und das Blatt, für welches er schrieb, haben  
vielmehr immer Sympathien für Frankreich zur  
Schauf getragen.

## Belgien.

Antwerpen, 18. Januar. Im hiesigen  
Zirkustheater sind die Heizanlagen explodirt. Der  
Maschinenführer wurde schwer verwundet, das Innere  
des Theaters ist größtentheils zerstört.

## Frankreich.

O Paris, 17. Januar. Nun sind die Ge-  
richte über die Botschafter Rußlands und Ita-  
liens in Paris auch an derjenigen Stelle demen-  
tirt worden, welche die einzig kompetente für die-  
sen Fall ist und an welche man sich eigentüm-  
licherweise bisher um Auskunft nicht gewendet  
hatte. Offenbar hat man damit so lange ge-  
wartet, bis die Haltungsfrist der Gerichte so gut  
wie sicher schien; denn es wäre für Ribot ein  
gefährliches Spiel gewesen, wenn er — natürlich  
die Befragung vorausgesetzt — durch eine vor-  
zeitige Frage an die einzig Eingeweihten den  
Botschafter des alliierten Rußland als gewöhn-



[illegible]







**Stadt-Theater.**  
Donnerstag (zu kleinen Preisen):  
**Sigurd.**  
Freitag:  
**Der letzte Brief.**

Stoß nie daqewesen!